

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

4. Ausgabe / 31. Jahrgang

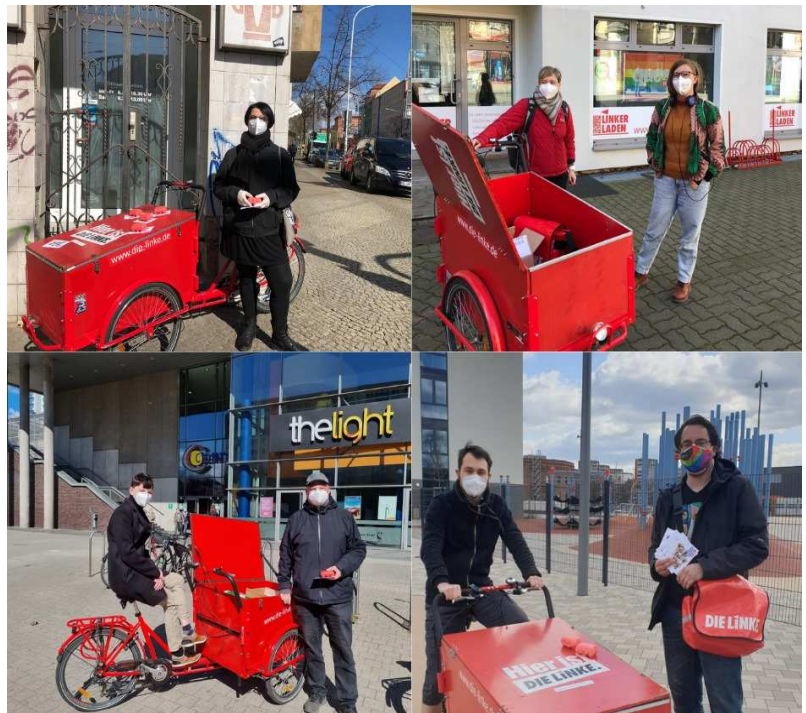
Für Halle und den  
Saalekreis

20. April 2021

## Solidarität statt Ellenbogen - Gerade zu Ostern

Am Osterwochenende haben unsere Direktkandidierenden Janina Böttger, Hendrik Lange, Henriette Quade und Dirk Gernhardt mit fleißigen Genoss\*innen am Karsamstag und Ostersonntag Schokoladeneier an Kinder und andere Interessierte in den Stadtteilen Halles verteilt.

Diese Aktion haben wir organisiert, weil es ist uns trotz der Corona-Pandemie wichtig war, eine solidarische Aktion in allen Stadtteilen durchzuführen. Dabei wurde sehr genau auf die Einhaltung aller Hygienemaßnahmen geachtet. Eine Packung Schoko-Eier zu Ostern kann die soziale Ungleichheit nicht besiegen, stellt keine Bildungsgerechtigkeit her und macht unser kaputtgespartes Gesundheitssystem nicht fit für die Krise.



Aber es brachte den Hallenser\*innen eine kleine Freude und wir haben ein Zeichen dafür gesetzt, dass wir endlich eine soziale Politik in Sachsen-Anhalt brauchen. Die skandalöse Kinderarmut in Halle bedeutet auch, dass Feiertagsüberraschungen eben nicht für alle im Budget drin sind.

Ein Dankeschön an dieser Stelle an alle, die sich an dieser gelungenen Aktion beteiligen haben.

Öffentlich!  
Weil's wichtig  
für alle ist.

## Zum 1. Mai und zur „Roten Mainelke“

Das Blumentragen bzw. -verteilen bei Festlichkeiten ist nichts, was sich auf die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung beschränken würde. Die „Rote Mainelke“ ist allerdings eine Tradition, die kaum von dieser zu trennen ist. Denn auch wenn die erste Verwendung der Blume - Rot, weil es die Farbe der Arbeiter:innenbewegung ist und Nelken, weil sie günstiger als Rosen sind - auch zufällig gewesen sein kann, ist sie doch heute untrennbar mit der Geschichte der Arbeiter:innen verbunden.

Doch was meint das konkret?

Die Arbeiter:innenbewegung hat sich immer für ganz konkrete Ziele eingesetzt, aber sich als Gruppe dabei auch auf eine gemeinsame Identität berufen. Heute wird auch bei uns viel über „Identitätspolitik“ gestritten, aber für die Sozialist:innen des 19. Jahrhunderts war es selbstverständlich, ihre Forderungen nach Gleichberechtigung und einem besseren Leben als kollektive Identität der Arbeiter:innen zu begründen. Denn das ist sowohl der Gründungsgedanken der Gewerkschaften als auch der Sozialdemokratie, die beide ebenso in der LINKEN weiterleben: Der Kampf für eine bessere Welt lässt sich nur gemeinsam auf Basis kollektiver Interessen führen.

Deshalb hat die Bewegung auch gemeinsame Symbole gepflegt, so wurde die Nelke zum kollektiven Erkennungszeichen und der 1. Mai zum „Tag der Arbeit“. Dieser Weg war aber einer, der durch große Solidarität aber auch durch massive Gegengewalt geprägt war. Bereits beim „ersten 1. Mai“ wollte die Staatsgewalt die Arbeiter:innen in Chicago vom ihrem Streik abhalten - es kam zu den „Haymarket Riots“, die etliche Arbeiter:innen das Leben kosteten.

Auch als Reaktion auf diese Gewalt wurde der 1. Mai beim Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 schließlich zum „internationalen Kampftag der Arbeiterklasse“ erklärt. Das war auch ein wichtiger Akt der Solidarität, denn er zeigte, dass die internationale Arbeiter:innenbewegung eben international geworden war: In Chicago konnte die Staatsgewalt die Arbeiter:innen kurzzeitig niederschlagen, aber sie nehmen bis heute überall den Kampf wieder auf. Nur weil die krasse Ausbeutung an einem Tag und an einem Ort siegt, kann sie gemeinsam und international überwun-

den werden. Der 1. Mai zeigt, dass die Kämpfe der Amazon-Arbeiter:innen in Alabama nicht von denen der Haribo-Arbeiter:innen in Wilkau-Haßlau zu unterscheiden sind. Ihren gemeinsamen Kampf sollten sie an Symbolen erkennen, die in jeder politischen Bewegung eine große Rolle spielen.

Das ist der Kern des Tages und seinem Symbol, der roten Mainelke! Dabei lässt sich nicht verleugnen, dass der „Tag der Arbeit“ als reines Schlagwort auch missbraucht wurde: Bei den Nazis diente er dazu, die Arbeit zu fetischisieren und wurden zum nationalen Feiertag der „deutschen Arbeit“, während Gewerkschaften und Arbeiter:innenparteien brutal zerschlagen und verfolgt wurden und der antisemitische Wahn zum Staatsziel erhoben wurde. Nach der Befreiung durch die Alliierten in West und Ost wurde von den Gewerkschaften in der BRD und den Staatsorganen in der DDR die Tradition der Arbeiter:innenbewegung wieder aufgegriffen und antifaschistisch gegenüber den Nazis abgegrenzt. Es sollte wieder um alle Arbeiter:innen gehen und die internationale Solidarität wurde wieder beschworen. Im Osten gab es allerdings recht schnell eine Reduktion der ursprünglichen Bedeutung auf das vor allem Zeremonielle des Tages: Während die Macht der Arbeiter:innen betont wurde, hatten sie in der DDR doch keine Selbstverwaltung. Und auch der Internationalismus war aus heutiger Perspektive vor allem plakativ und in Ost sowie West Teil der Systemkonfrontation.

Der letzte Punkt macht deutlich, dass gerade die Geschichte des Sozialismus uns zur Selbstreflexion anhält. Aber sie verlangt von uns auch, die Entstehungsgeschichte im 19. Jahrhundert nicht zu leugnen. Gerade diejenigen, die Pionier:innen der Bewegung waren, können uns noch viel verraten - über Solidarität, Internationalismus und das Streben nach Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Wenn wir die Nelke tragen, dann zeigt es, dass den Kämpfer:innen für soziale Gleichheit und Freiheit eben im Kapitalismus nichts geschenkt wird. Sie zeigt aber auch, dass wir mit Milliarden anderer Menschen dazu bereit sind, uns immer wieder aufs neue für Verbesserungen einzusetzen! Dabei unterscheiden sich in der pluralen politischen Linken durchaus Mittel, Wege und die Symbole



- zwischen der Nelkenverteilenden Partei und den Aktionen und Demonstrationen anarchistischer, (post-)autonomer und anderen Gruppierungen scheinen manchmal mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten

zu liegen. Und doch ist der 1. Mai in fast allen linken Strömungen ein wichtiger Tag für internationale (oder antinationale) Solidarität und die Mainelke immer wieder zu finden!

## Gedenken an den ersten Menschen im Weltall: Nur gemeinsam kann die Menschheit voranschreiten!

Am 12. April, haben wir als Linke und mit Sympathisant\*innen, am Gagarin-Denkmal in der Vogelweide eine kleine Kundgebung abgehalten. In Gedenken an den ersten bemannten Weltraumflug, der am 12. April 1961 von dem Kosmonauten Juri Gagarin durchgeführt wurde. Diese Leistung, die sowohl von etlichen Wissenschaftler\*innen als auch von Gagarin selber erbracht wurde, ist bis heute ein Meilenstein in der Geschichte der Raumfahrt.

Zwar steht diese Leistung - genau wie die erste Mondlandung oder der Sputnik-Satellit - im Kontext des damaligen Systemkonfliktes zwischen dem „Ostblock“ und dem „Westen“, aber viele Astro- und Kosmonaut\*innen haben sich nicht als Vertreter\*innen eines Staates, sondern als Entdecker im Namen der Menschheit gesehen.

Das trifft auch auf Juri Gagarin zu, der nach seinem Flug zum Beispiel den Begriff des „Blauen Planeten“ prägte, den es zu schützen gelte. Auch Sigmund Jähn, der erste Deutsche im All, hat Gagarin als Inspiration angesehen und immer hochachtungsvoll von ihm gesprochen. Die internationale Anerkennung Gagarins verlief und verläuft bis heute über Systemgrenzen hinweg. Davon zeugt nicht zuletzt die Tatsache, dass mit der „USS Yuri Gagarin“ ein fiktives Raumschiff der Serie „Star Trek“ dem Kosmonauten gewidmet ist.

Egal ob es um Sigmund Jähn oder Juri Gagarin geht, ein Wiederaufleben des Kalten Krieges ist keineswegs angebracht. Vielmehr wollen wir allen Leistungen in der Raumfahrt gedenken, denn die Erforschung des Alls lässt sich wie andere Menschheitsaufgaben nur gemeinsam angehen.

An dieser Stelle ein Dankeschön an alle, die sich vorher um die Sauberkeit des Platzes und des Denkmals gekümmert haben; an diejenigen, die die inhaltliche Vorbereitung übernommen haben; an diejenigen, die Texte zitiert haben und allen die heute an Gagarin gedacht haben.



### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtverband  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
16.04.2021  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 06.05.2021



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat April Geburtstag haben.**



## **Aus der letzten Stadtratssitzung am 24.03.2021**

Diesmal tagte der Stadtrat in der Konzerthalle Ulrichskirche. Öfter mal was Neues!

Auf der Tagesordnung waren zunächst eine Reihe von Anträgen, die bereits aus vorhergehenden Sitzungen „mitgeschleppt“ wurden, zu finden. So wurde nun endlich unser Antrag „Nur die Liebe zählt. Und manchmal auch der Korrosionsschutz“ behandelt und auch beschlossen. Mit diesem Antrag haben wir die Anregung gegeben, dass Liebesschlösser aus Gründen des Korrosionsschutzes an Brückengeländern oder aus Gründen der Statik besser an ein anderes Objekt angebracht werden sollten. Wir haben angeregt, dass es einen Gestaltungswettbewerb für halleische Künstler\*innen geben könnte, die ein tolles und auch für Verliebte ansprechendes Kunstwerk schaffen, an dem diese Liebesschlösser als Alternative angebracht werden können. Schauen wir mal, was sich da so entwickeln könnte.

Zugestimmt haben wir auch einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten. Beschlossen wurde im Stadtrat zwei neue Gebiete für Wohnbebauung zu erschließen: Am Nietlebener Park in Halle-neustadt und am Reideanger. Diskussionen gab es zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan zum Nahversorgungszentrum Ammendorf. Wir hatten mit diesem Beschluss so unsere Probleme. Das Textilgeschäft KIK möchte auf die andere Straßenseite in der Merseburger Straße ziehen. Damit vergrößert sich das Geschäft und das Konzept des Einzelhandels in der Stadt verändert sich wieder, weil ja auch für den alten Standort Nachmieter gefunden werden müssen. Es ergibt sich eine Konkurrenz für Geschäfte, z.B. auch in der Innenstadt. Wir haben der Vorlage mehrheitlich nicht zugestimmt.

Zugestimmt wurde auch dem Bildungskonzept der Stadt Halle (Saale) und dem Antrag mehrerer Fraktionen zur Förderung des Senders Radio Corax 2021-2025. Zugestimmt haben wir auch dem Antrag der SPD zur Sicherung der sozialen Durchmischung der Wohnbevölkerung und zum Erhalt von bezahlbarem

Wohnraum in Stadtteilen durch soziale Erhaltungssatzungen. Wir unterstützen diesen Antrag, weil es auch unser Anliegen ist, z.B. Luxussanierungen entgegenzuwirken und damit Mieter\*innen mit geringem Einkommen aus ihrem gewohnten Wohnumfeld zu vertreiben.

Einige Diskussionen gab es dann zum Beschlusspunkt: „Bürgerbegehren für die Aufhebung des Beschlusses zur weitestgehend autofreien Altstadt Halle (Saale). Dem Bürgerentscheid, der am 6. Juni 2021 parallel zur Landtagswahl stattfinden wird, haben wir zugestimmt, weil er Ausdruck einer demokratischen Entscheidung ist. Dem Anliegen inhaltlicher Natur werden wir aber nicht zustimmen. Wir werden dafür werben, der Aufhebung des Antrages nicht zuzustimmen. Wir haben festgestellt, dass es viele Unklarheiten gibt, wie das Konzept aussieht und es auch Unsicherheiten bei Teilen der Bevölkerung gibt. Wir werden unseren Teil leisten, um aufzuklären. Dazu auch noch an anderer Stelle. Wir meinen, dass es für die Altstadt attraktiv ist, diese weitestgehend autofrei zu gestalten. Viele Städte in Europa machen uns da schon etwas vor. Die Vorteile liegen auf der Hand: es ist gut fürs Klima und auch für die Bevölkerung, die dort lebt und für die Besucher\*innen unserer Stadt wird es entspannter. Das Auto soll nicht verdammt werden. Dafür sollen zahlreiche Parkmöglichkeiten außerhalb der Innenstadt entstehen oder auch Parkhäuser. Und auch in Zukunft wird eine gehbehinderte Person zum Arzt, wenn er sich in diesem Gebiet befindet, mit dem Auto fahren dürfen. Panikmache hilft hier nicht, sondern Aufklärung.

Unser Antrag zur Einrichtung der Kommunalen Gesundheitskonferenz als Instrument für gesundheitliche Prävention, Beratung und Orientierung kommunaler Bedarfe auf dem Gebiet der Gesundheit, wurde zur weiteren Beratung in den Sozial-Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss verwiesen und dann hoffentlich in einer der nächsten Stadtratssitzungen beschlossen.

Ute Haupt

## Die Autofreie Altstadt als linkes Konzept!

Im November 2019 hat der Stadtrat auf Antrag unserer Fraktion beschlossen, die Stadtverwaltung damit zu beauftragen ein Konzept für eine weitestgehend autofreie Altstadt zu entwickeln.

Vorausgegangen war dem eine langjährige Diskussion in Teilen der Stadtgesellschaft, die berechtigterweise immer wieder moniert haben, dass die Mobilität in Halle immer wieder vor allem vom Auto her gedacht wird. Verbände von Fahrradfahrer:innen, ökologische Gruppen aber auch unsere LINKE Stadtratsfraktion kamen zum Ergebnis, dass es insgesamt ein Umdenken braucht. Denn vorher wurden viele kommunalpolitische Entscheidungen immer noch so getroffen, als ginge es bei der modernen Verkehrspolitik auch wieder nur um größere Straßen für größere Autos - die unnötige Vierspurigkeit der Merseburger Straße liefert dafür ein anschauliches Beispiel.

Aus dieser Überlegung heraus, wurden alternative Verkehrskonzepte auch ein zentrales Thema beim Rot-Rot-Grünen Oberbürgermeister-Wahlkampf von Hendrik Lange. Der war zwar leider nicht erfolgreich, aber das Thema hat sich bewährt: Etliche Bürger:innen machten deutlich, dass sie dieses Umdenken unterstützen und aktiv einfordern. Deshalb fand auch unsere Initiative im Stadtrat breiten Rückhalt - z.B. in der Fridays-For-Future-Bewegung - und war keineswegs isoliert.

Mit der Erstellung des Konzeptes war zu großen Teilen ein unabhängiges hallesches Ingenieurbüro beauftragt. Die Konzepterstellung wurde bewusst professionellen Stadtplaner:innen überlassen, die sich die Möglichkeiten und Potentiale der halleschen Altstadt angeschaut und eine Umstellung auf Autofreiheit für sinnvoll befunden haben. Nach einem Jahr, im November 2020, hat die Verwaltung dem Stadtrat ihr Konzept für die weitestgehend autofreie Altstadt vorgelegt. Es wurde in den entsprechenden Ausschüssen öffentlich vorgestellt und diskutiert. Es wurde erläutert, dass niemandem von heute auf morgen etwas aufgezwungen wird, dass die Maßnahmen in einem Zeitraum von mehreren Jahren umgesetzt werden sollen, einige davon vorerst probeweise über einen begrenzten Testzeitraum. Nichts in dem Konzept ist „in Stein gemeißelt“, einzelne Maßnahmen müssen im Laufe der Zeit erst noch mit Inhalt gefüllt werden. Auch Wirtschaft, Anwohner und Öffentlichkeit sollen

im Laufe des Prozesses eingebunden werden. Unsere Stadträt:innen waren begeistert und haben die Beratungen konstruktiv begleitet. Letztendlich wurde das Konzept im Rat mit einer deutlichen Mehrheit auf den Weg gebracht.

CDU und FDP hingegen führen von Anfang an einen Gegenkurs. Die eher vorsichtige und langfristige Herangehensweise bei der Umsetzung des Konzeptes wurde völlig ignoriert. Es wurde mit Falschbehauptungen gearbeitet und ein Drohszenario aufgebaut. Am Ende hat der halleschen CDU-Abgeordneten Christoph Bernstiel das Ganze als Wahlkampfthema entdeckt. Deshalb gibt es eine derart polarisierte Diskussion und einen Bürgerentscheid am 6. Juni (parallel zur Landtagswahl), um die Positionierung des Stadtrates von 2020 aufzuheben. Wir möchten an der Stelle betonen, dass Bernstiels Initiative mit falschen Behauptungen und Verdrehungen arbeitet und müssen deshalb Fakten dagegen setzen.

Prinzipiell hätte das Konzept einfach umgesetzt werden können, denn rechtlich gesehen hat der Stadtrat im November 2019 bereits seinen Entschluss gefasst und kann die konkrete Umsetzung der autofreien Altstadt gar nicht beschließen, da die Verkehrsgestaltung in die alleinige Kompetenz des Oberbürgermeisters fällt (der sogenannte „übertragene Wirkungskreis“). Wiegand wollte trotzdem, dass der Rat noch einmal darüber entscheidet, wohl auch um die Verantwortung dafür nicht tragen zu müssen.

Im November 2020 wurde also „nur“ beschlossen, dass der Stadtrat die Stadtverwaltung bittet, ihr eigenes Konzept dann auch umzusetzen. Alle Beschlüsse, die in diesem Zusammenhang in den Zuständigkeitsbereich des Rates fallen, sind im Konzept-Beschluss nicht enthalten und werden im Einzelnen beschlossen, wenn diese konkreten Maßnahmen in der Zukunft umgesetzt werden sollen.

Wir haben dem natürlich trotzdem zugestimmt, weil das Konzept sinnvoll ist. Aber es ist an sich vollkommen absurd, dass daraufhin eine Kampagne gestartet wurde, die nur zum Zweck hatte, diese rechtlich belanglose Bitte umzuwerfen. Am 6. Juni wird nur darüber abgestimmt, ob der Stadtrat die Stadtverwaltung weiterhin „bittet“ - der Grundsatzbeschluss von 2019 bleibt davon völlig unangetastet. Das zeigt, worum es hier auch geht: Bernstiel und Co. haben sich



niemals produktiv in die Ausschüsse eingebracht, sondern haben auf den öffentlichen „Showdown“ gewartet. Sie haben bewusst möglichst wenig über die Vorberatungen informiert, um jetzt sagen zu können, dass sie niemals gefragt worden wären.

Sie haben scheinbar bis jetzt nicht gelesen, was Inhalt des Konzeptes ist, weshalb sie mit ihrer Initiative etliche Falschbehauptungen streuen.

Es werden zum Beispiel nicht sofort, ersatz- und alternativlos 500 Parkplätze wegfallen. Falsch ist auch, dass Geschäfte und Privathaushalte in Zukunft ihre Pakete nur noch an Packstationen abholen dürfen oder dass die Erreichbarkeit der innerstädtischen Gebiete nicht mehr gewährleistet sei.

Laut Bernstil und Co sei „das gesamte Konzept der weitestgehend autofreien Altstadt ist nichts weiter als ein Schnellschuss auf Basis einer einseitigen ideologisierten autofeindlichen Politik.“

Diese Behauptungen sind allesamt frei erfunden. Das Konzept wurde auch nicht von „Autofeind:innen“ erstellt sondern von einem halleischen Planungsbüro, welches überhaupt keine politische Präferenz in dieser Frage hat.

Unsere Aufgabe als LINKE ist es dagegen, korrekt und sachlich über dieses Konzept zu informieren. Denn auch wenn der Bürgerentscheid rechtlich bedeutungslos ist, müssen wir diesen populistischen Angriff auf alternative und ökologische Verkehrskonzepte doch zurückschlagen, wenn wir den Fortschritt in Halle nicht beerdigen wollen.

Das werden wir in den kommenden Tagen tun und dazu laden wir auch euch herzlich ein: Lasst uns unsere Mitbürger:innen gemeinsamen überzeugen - lassen wir die konservativen und liberalen Falschbehauptungen alt aussehen!

Denn das steht wirklich im Konzept für eine weitestgehend autofreie Altstadt:

\* Die Altstadt soll „weitestgehend“ autofrei werden. Anwohner:innen und Lieferdienste sollen aber trotzdem und ohne Probleme nach Hause oder zum Geschäft kommen.

\* Das Konzept sieht einige konkrete Maßnahmen vor: Teile des Universitätsringes sollen zur Einbahnstraße und die kleine Ulrichstraße autofrei werden. Beide Maßnahmen beeinträchtigen den Verkehrsfluss im Stadtgebiet nicht wesentlich. Insbesondere die kleine

Ulrichstraße ist schon jetzt keine sinnvolle Durchgangsstraße und bringt niemanden schneller ans Ziel.

\* Ziel der weitestgehend autofreien Altstadt ist es, diese damit attraktiver zu machen. Sie zielt gerade auf eine Stärkung des Einzelhandels ab, denn der leidet seit Jahren unter der Online-Konkurrenz. Geschäfte sollen besser zugänglich gemacht werden, die Altstadt soll durch Veranstaltungen und Gestaltung interessanter bzw. schöner werden.

\* Das Konzept richtet sich nicht gegen Autofahrer:innen. Die Mehrheit der zustimmenden Stadträt:innen fährt selber Auto - der „Kulturkampf“ ist ein Mythos. Vielmehr verbrauchen Autos eben sehr viel Platz, den man nur einmal nutzen kann. Ein wenig davon soll zukünftig anders genutzt werden, z.B. als Verkaufs- oder Veranstaltungsfläche und für Fußgänger:innen oder Radfahrer:innen.

\* Das Konzept soll einen Prozess anstoßen. Viel wurde schon in den Ausschüssen diskutiert, zuletzt gab es bei der Initiative „Halle Zero“ eine Podiumsdiskussion an der sich Vertreter der IHK beteiligt haben. Für Halle endet die Frage nach einer modernen Stadtgestaltung nicht mit dem Beschluss im Stadtrat - vielmehr sollte sie jetzt eigentlich erst anfangen. Neben den wenigen konkreten Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen, wird es darum gehen, bei neu anstehenden Verkehrsfragen immer wieder an das Konzept zu denken und über sinnvolle Kompromisse nachzudenken. Denn eines ist klar: Einfach den Status Quo bewahren wird nicht reichen, um die Altstadt auch nur zu erhalten, den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen und/oder eine faire Mobilität zu erreichen.

Die autofreie Altstadt bleibt unser Ziel und sie ist ein inhärent linkes Konzept. Sie nimmt die Herausforderung des Klimawandels wahr, stärkt alle Verkehrsteilnehmer:innen - und damit auch diejenigen, die sich gar kein Auto leisten können - und hilft der lokalen Wirtschaft gegen die Online-Giganten! Jetzt brauchen wir eure Hilfe: informiert euch, überzeugt andere und kämpft im Wahlkampf auch für ein klares „Nein“ beim Bürgerentscheid!

Thomas Schied & Lukas Wanke

## In Berlin und (H)alle dabei - Hilfe beim Sterben

Sie würden unter Tränen seinem Hund ein qualvolles Siechtum ersparen und ihn gehen lassen, wenn seine Existenz von unsäglichem Leid geplagt ist, aber wehe, es geht um einen Menschen, dem darf auf keinen Fall die selbe Gnade wie dem Schoßhund zugute kommen. Michael Baudler auf taz.de<sup>1</sup>

*Die Würde des Menschen ist unantastbar.  
Sie zu achten und zu schützen  
ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.  
Artikel 1 des Grundgesetzes*

es geht um Autonomie.  
Kipferl auf taz.de<sup>1</sup>

Aber überall da, wo kein Gott ist oder sich nie blicken lässt, während Menschen zum Beispiel elendig am Krebs krepieren und nur noch durch lebenserhaltende Maßnahmen in den letzten Tagen gequält werden, sollte jeder selbst über einen würdevollen Tod bestimmen können.  
Deep South auf taz.de<sup>1</sup>

Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 2017 besagt, dass Menschen in extremer Notlage der Zugang zu einem tödlich wirkenden Betäubungsmittel ermöglicht werden müsse. Es verweist damit auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht, dass einem Menschen auch das Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben erlaube. Eine extreme Notlage sei es, wenn eine unheilbare Erkrankung mit gravierenden körperlichen Leiden einhergehe und es keinen anderen zumutbaren Weg zur Verwirklichung des Sterbewunsches gebe. Im Februar 2020 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass ein Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe den Menschen in selbigem Selbstbestimmungsrecht verletze.

Nun gibt es verschiedene Begrifflichkeiten und Rechtslagen, die im Zusammenhang mit Sterbehilfe verwendet und zunächst geklärt werden sollten: Es gibt die aktive, passive und die indirekte Sterbehilfe sowie den assistierten Suizid. Die aktive Sterbehilfe, also die Tötung auf Verlangen, ist strafbar, die passive (durch Unterlassung oder Abbruch) nicht, sofern Letztere dem erklärten oder mutmaßlichen Willen des Menschen entspricht, der zum Beispiel über eine entspre-

chende Patient:innenverfügung erklärt werden kann. Ebenfalls sind die indirekte Sterbehilfe genauso wie die Beihilfe zur Selbsttötung (assistierter Suizid) straf-frei.

Zwei Drittel der Bevölkerung möchte selbst entscheiden.  
Petra Sitte

Im Deutschen Bundestag werden nun zwei Gesetzentwürfe diskutiert, die sich mit dem assistierten Suizid, also der Beihilfe zur Selbsttötung, beschäftigen. Gemeinsam mit Katrin Helling-Plahr (FDP), Professor Karl Lauterbach (SPD), Swen Schulz (SPD) und Otto Fricke (FDP) habe ich das Ziel, einen klaren Rechtsrahmen für volljährige Sterbewillige und deren Helfer:innen zu erstellen.

Um es ganz klar vorwegzusagen: Suizid sollte verhindert werden.

Doch Menschen mit Todeswunsch müssen in ihren Grundrechten auf Selbstbestimmung auch respektiert werden. Sie treffen solche eine Entscheidung nicht aus einer Laune, aus Feigheit oder Egoismus heraus, sondern aufgrund eines für sie unerträglichen Leidens. Wir wollen, dass Menschen mit Sterbewunsch eine Beratung erhalten, die ihnen Alternativen aufzeigen kann, wozu beispielsweise bei schweren Erkrankungen palliativmedizinische Versorgung zählt, um den Suizid vielleicht doch zu verhindern. Diese Beratungen sollten aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, damit sie kostenfrei zugänglich gemacht werden, denn alle Menschen in Not brauchen unkomplizierte und barrierefreie Zugänge zu der Hilfe, die sie in einer Notlage benötigen. Solche Beratungen können in entsprechenden Beratungsstellen aber auch aufsuchend stattfinden. Nach frühestens zehn Tagen und nach höchstens acht Wochen Bedenkzeit kann sich die:der Sterbewillige bei einer Ärztin: einem Arzt ein Medikament zur Selbsttötung verschreiben lassen, sofern dies nach wie vor ihre:seine Entscheidung ist. Um unseren Gesetzesvorschlag umsetzen zu können, müssten die ärztliche Berufsordnung und das Betäubungsmittelgesetz entsprechend geändert werden, denn die verhindern es momentan noch, dass Mediziner:innen humanes Sterben möglich machen können. Außerdem können wir so die Kommer-

zialisierung der Sterbehilfe verhindern und beenden. Wichtig bleiben folgende Punkte:

**1. Handlungsfähigkeit:**

Es ist eine bewusste und freie Suizidentscheidung, unbeeinflusst von akuten oder psychischen Störungen.

**2. Aufklärung:**

Die sterbewillige Person konnte über Beratungsstellen umfassend über Alternativen informiert werden.

**3. Freiheit:**

Es liegen bei der Entscheidung kein äußerer Druck, Einfluss oder Zwang vor.

**4. Sicherheit:**

Die Dauerhaftigkeit und die innere Festigkeit des Entschlusses können über Gespräche mit Mediziner:innen dokumentiert werden.

Es geht um Autonomie, um Selbstbestimmung bis zum

Schluss. Wir sollten es den Menschen zutrauen, dass sie solche Entscheidungen nicht leichtfertig treffen, sondern in ihrem eigenen Sinne verantwortungsvoll und souverän handeln. Welches Recht sollten Dritte, wie beispielsweise die Kirche, haben, über das Sterben eines Menschen zu entscheiden? Es liegt in der Entscheidung des Individuums selbst. Jeder Mensch hat das Recht zu entscheiden, ob er eine palliativmedizinische Behandlung möchte oder die Hilfe beim Sterben durch Mediziner:innen in Anspruch nehmen will, um sich ein würdiges Lebensende zu ermöglichen oder das eigene und das Leid der Angehörigen zu verringern. Zur freien und würdevollen Gestaltung des eigenen Lebens gehört auch die freie und würdevolle Entscheidung über das eigene Sterben.

<sup>1</sup>Zitate aus dem Artikel Der Tod bleibt ohne Gewähr. Immer. Noch in der Kategorie Briefe. Wortwechsel der Tageszeitung taz vom 17.02.2021, S. 4

---

## Der Maskenskandal der Union hat System

Die Liste der Korruptionsskandale von CDU und CSU ist lang.

Und sie zieht sich wie ein roter Faden von den Flick-Parteispenden in den 80er Jahren, über die CSU-Amigo-Affäre und den Schwarzgeldkonten von Kohl in den 90er Jahren bis heute.

Aktuell wird die Union gleich von mehreren Skandalen erschüttert: Zum einen haben mehrere Bundestagsabgeordnete ihre Funktion und Kontakte in die Bundesregierung während der Corona-Krise vergoldet und saftige sechsstellige Provisionen für das Vermitteln von Maskenaufträgen kassiert, ohne diese dann steuerlich geltend zu machen. Wie viele Politiker an den Masken-Geschäften beteiligt waren, ist noch unklar, laut „Spiegel“ könnten fast zwei Dutzend Abgeordnete darin verwickelt sein. Zum anderen stehen die CDU-Politiker Axel Fischer und Karin Strenz unter akutem Korruptionsverdacht, weil sie Gelder aus Aserbaidschan erhalten und sich dafür für das dortige Regime eingesetzt haben sollen. Noch nicht lange her ist der Skandal um Philipp Amthor, den neuen CDU-Spitzenkandidaten in M-V, der für ein dubioses US-Unternehmen bei der Bundesregierung geworben hat und dafür einen Direktorenposten samt Aktienoptionen erhielt, die er nirgends angab. Oder auch das Abendessen von Jens Spahn am Tag vor

dem Bekanntwerden seiner Corona-Infektion, bei dem er Gönner darum bat exakt 9999 Euro zu spenden, so dass die Namen der Spender, die erst ab 10 000 Euro veröffentlicht werden müssen, nicht bekannt werden. Und und und.

Das alles hat strukturelle Ursachen und schadet jedoch nicht nur den käuflichen Christdemokraten und Christsozialen, sondern massiv auch dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit des Parlaments und der Politik insgesamt.

Doch statt nun endlich entschlossen die Notbremse zu ziehen, die Fälle Nüßlein, Fischer, Löbel, Strenz und wie sie alle heißen, aufzuklären, den Stall auszumisten und klare Regeln für Transparenz und gegen Korruption zu beschließen, führt die Union einen Eiertanz nach dem anderen auf. „Wir werden uns als Fraktion einen Verhaltenskodex geben, der über das, was rein rechtlich von Mitgliedern des Deutschen Bundestags erwartet wird, deutlich hinausgeht“, heißt es in einem Schreiben von Fraktionschef Ralph Brinkhaus und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt an die Abgeordneten der Union im Bundestag. Im Klartext: Außer etwas Schadensbegrenzung vor den bevorstehenden Landtagswahlen und einigen Bauernopfern wird also nichts passieren. Dass sich die Partei- und Fraktionsspitze von CDU und CSU der Verantwor-



tung nicht stellen will. Ist mehr als armselig. Wenn eine Fraktion im Bundestag sich seit Jahren mit Händen und Füßen gegen mehr Transparenz, gegen effektive Lobbykontrolle und gegen schärfere Vorschriften für Abgeordnete wehrt, wie es die Union im Bundestag tut, dann kann man nicht von Einzelfällen reden. Die Union muss endlich aufhören, ein System zu verteidigen, das Mausexerzieren, intransparenten Lobbyeinfluss und Korruption begünstigt.

Und die Lösung wäre einfach:

Der Gesetzentwurf der Linksfraktion, der vorsieht, bezahlte Nebentätigkeiten von Abgeordneten als Lobbyisten gesetzlich zu untersagen. Diesen haben CDU/CSU und SPD allerdings in der vergangenen Woche von der Tagesordnung des Bundestages gekegelt. In einem Brief an die Parlamentarischen Geschäftsführer der demokratischen Fraktionen habe ich deshalb kürzlich ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen: „Da wir wissen, dass die Union aus

ideologischen Gründen auch noch so guten Anträgen der Linken nicht zustimmen kann, wären wir bereit, unseren Gesetzentwurf zugunsten eines interfraktionellen Gesetzentwurfs zum Verbot der bezahlten Lobbytätigkeit von Abgeordneten zurückzuziehen.“ Bisher habe ich noch keine Antwort.

Angesichts ihres bisherigen Umgangs mit den Korruptions- und Spendenskandalen der Vergangenheit erwarte ich von den Parteispitzen von CDU und CSU und ihrer Fraktionsführung aber auch nicht wirklich, dass sie sich nun plötzlich intensiv für eine saubere, nicht käufliche Politik einsetzen. Damit die Union endlich von der Transparenzbremse tritt und sich unseren im Bundestag vorliegenden Initiativen für ein effektives Lobbyregistergesetz mit legislativem Fußabdruck, für die Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent sowie für das Verbot der bezahlten Lobbytätigkeit widmet, müssen sie vermutlich erst die Quittung bei den nächsten Wahlen erhalten.

## **Leserbriefe:**

### **Beachtenswerter Geburtstag**

Das ND wird 75 Jahre. Am 23. April 1946 erschien die erste Ausgabe. Nach Krieg und Faschismus wollten die damaligen Akteure ein neues Deutschland ohne Ausbeutung, Chauvenismus und Antisemitismus aufbauen. Die Tageszeitung wurde von der neugegründeten SED geschaffen und herausgegeben. Durch sie wurden die Leitgedanken der Parteipolitik veröffentlicht. Das „Neue Deutschland“ behielt auch seinen Namen zu DDR-Zeiten als die Einheit Deutschlands nicht mehr programmatisch vertreten wurde. So hat dieses Presseorgan manche Stürme der Zeit überstanden. Im Gegensatz zu den Partnerzeitungen z.B. in Österreich, Frankreich, Polen, Ungarn, Tschechien usw. hat das ND recht gut die Wendezeit gemeistert. Heute verfügen wir über eine überregionale sozialistische Tageszeitung. Dies ist das Verdienst der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) und der treu gebliebenen, weit verbreiteten Leserschaft. Sie wollten Information und Orientierung in den wirren Umbruchzeiten. Durch Trennung vom stalinistischen Dogma konnte das Profil verändert werden. Das ND wurde eine interessante Tageszeitung. Neue Redakteure, Journalisten und Autoren veröffentlichten moderne Sichten, Kritiken und Überlegungen ohne doktrinär zu sein. Im Allgemeinen sind wir mit dem ND in

die kapitalistische, bundesdeutsche Ausbeutergesellschaft hinein gedrängt worden, mit ihm fanden wir geistigen Raum zum „Anders Denken“ außerhalb des Mainstream.

Das ND hat mehrmals sein Erscheinungsbild verändert. Momentan stehen wieder Veränderungen an. Die Existenz war bisher durch eine GmbH gesichert, wobei DIE LINKE als einziger Gesellschafter auftrat. Wodurch vielerorts das ND als Parteizeitung betrachtet wird. Harald Wolf, Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE, schlägt vor, eine Genossenschaft zu bilden. Die Beispiele von junger welt und taz zeigen das linke Tageszeitungen erfolgreich geführt werden können. In dieser Form würde das ND als wirklich unabhängige sozialistische Tageszeitung gelten, was dann auch finanzielle Vorteile bei der Veröffentlichung von Anzeigen mit sich bringt. Alle Printmedien stehen zurzeit unter hohem finanziellen Druck, weil die Abonnements zurück gehen. Beste Garantie für den Fortbestand unserer Tageszeitung ist die Erweiterung der Leserschaft. Linker Journalismus wird weiterhin gebraucht, vor allem auch von denen, die zu DDR-Zeiten sich gesellschaftlich engagierten.

Nach Überwindung der Infektionsschutzverordnungen werden wir wieder unsere Initiative eines ND-Leseclubs aufgreifen und ausgewählte Artikel diskutieren.

Hajo Gunkel

## Wie wär's mit Konversion?

In unserem Linken Blatt hat die Diskussion um M. Höhns Sicherheits- und Außenpolitisches Konzept Fahrt aufgenommen. Sicherheit möglichst ohne Waffen aller Art interessiert nun mal jeden Normal-Bürger, obwohl er nicht an einen Krieg in unseren Breiten glaubt.

Da es aber entschieden zu viele Waffen und mehr Kriegsherde als je zuvor gibt, müssen wir nachdenken, wie wieder mehr Entspannung mit Sicherheit geht. Bei Allem, was diskutiert wird, vermisste ich einen Gedanken, der schon vor Jahren im Friedensforschungsinstitut Sipri und im Club of Rome gedacht worden ist, nämlich den der Konversion. Diesen Gedanken häufiger von der Volksmehrheit und ihren politischen Repräsentanten mit lukrativen Angeboten aus der Friedensproduktion ins gedanklich-rhetorische Spiel gebracht, könnte möglicher-

weise selbst geld- und waffenverliebte Rüster zum Einlenken veranlassen. Denn alles, was an Hungerelend (z. B. im Jemen, Syrien und anderswo) und Waffenexporten in Konfliktregionen auf Um- und direkten Wegen zu beobachten ist, kann kein Mensch mehr ertragen, der sich einen Frieden ohne Waffen für alle Völker wünscht. Dass das auch einem ansonsten christlichdenkenden Waffenproduzenten bewusst wird und ihn empören könnte, bleibt sicher noch lange ein frommer Wunsch. Aber: In Corona-Zeiten ist manches anders geworden; vielleicht beschleunigt ja Corona und Volkes Wille auch deren Umdenken? Und vielleicht besinnen sie sich ja eines Tages doch noch auf Goethes Maxime: „Manches Herrliche der Welt ist in Krieg und Streit zerronnen. Wer beschützt und erhält, hat das große Los gewonnen.“

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

---

## Zur Debatte um das Diskussionspapier von Matthias Höhn

Das Diskussionspapier für eine neue linke Verteidigungspolitik von Matthias Höhn bietet einige wichtige Ansätze, aber lässt ebenso viele Fragen offen. An sicherscheint es erst einmal wichtig deutlich zu machen, was er nicht geschrieben hat: Selbst wenn die gesamte Partei allen dort enthaltenen Positionen folgen würde, würde sie die von der Bundesregierung vorangetriebene eskalative Aufrüstung nicht mittragen. Gerade die direkt umsetzbaren Forderungen von Matthias Höhn entsprechen einer linken Position, die sich für weltweite Abrüstung stark macht. Und auch die Appelle an völkerrechtliche Grundsätze entsprechen dem, was die jeweiligen friedenspolitischen Sprecher\*innen der Bundestagsfraktion zu einzelnen Problemstellungen immer wieder veröffentlicht haben.

Viele Forderungen aus dem Papier könnten und sollten durchaus Teil unserer Programmatik werden, falls sie es nicht schon sind. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten, die US-amerikanischen Atomwaffen abziehen lassen, eine ernsthafte und funktionierende (und eben nicht neokoloniale!) Entwicklungszusammenarbeit anstreben und versuchen, der ohne Zweifel globalen Aufrüstungspirale eine Alternative entgegenzusetzen. Dabei müssen die Chancen und Probleme der Vereinten Nationen (UN) und der Europäischen Union (EU) immer Teil unserer Überlegungen sein. Denn auch wenn

beide nahezu gigantische Konstruktionsfehler aufweisen (UN: Übergewicht der VETO-Mächte / EU: Übergewicht starker Nationalstaaten), die vor allem eine ernsthaft demokratische Struktur der Organisationen verhindert, müssen sie als geopolitische und aus linker Perspektive dringend zu reformierende Realitäten beachtet werden. Die Republik Europa ist ein hervorragendes Ziel, aber erfordert zuerst die Demokratisierung der EU.

Die Abwehr des gesamten Papiers hat in diesen Punkten manchmal durchaus etwas von einem Reflex in unserer Partei, wenn auch ohnehin vor allem die lautesten Stimmen wahrgenommen und von der Presse verbreitet wurden. Trotzdem gibt es auch sehr berechtigte Kritiken, die sich vor allem auf die Frage beziehen, was sich mit der Positionierung ändern würde: So entsprechen die Positionen im Papier zwar dem „Erfurter Programm“ (2011), legen es aber offensichtlich anders aus als die Praxis der Partei bis jetzt getan hat - sonst wäre das Papier eben überflüssig.

Auch wenn Matthias Höhn im Vergleich zum Status Quo für Abrüstung einsteht, fordert er doch, dass DIE LINKE sich mit eigenen Vorschlägen an der Entscheidungsfindung um die Finanzierung der Bundeswehr beteiligen sollte und schlägt vor, das extrem umstrittene „2-Prozent-Ziel“ (2 % des BIP für Verteidigung) der NATO zu einem „1-plus-1-Prozent“ (1

% in Verteidigung und 1 % in z.B. wirtschaftliche Hilfen) umzugestalten und die Bundeswehr zu verkleinern, aber für notwendige Modernisierungen und Ausrüstungen zu investieren. Das ist in dem Sinne konsequent, als dass er auch ein stärkeres Engagement bei friedenserhaltenden UN-Missionen - unter Umständen unter Beteiligung deutscher Soldat:innen - nahelegt.

Das ist kein Skandal, aber wirft nicht zuletzt berechtigterweise Frage nach den Folgen auf: Ist es strategisch sinnvoll, wenn DIE LINKE als letzte Partei die Vorstellung mitträgt, dass Deutschland z.B. aufgrund ökonomischer Stärke, die auf der Ausbeutung anderer Länder beruht, mehr internationale Verantwortung wahrnehmen müsse (auch wenn wir damit etwas Besseres meinen)? Wird es damit nicht wahrscheinlicher gegen den in Umfragen nahegelegten Mehrheitswillen der Bevölkerung, Kriegseinsätze nicht für die Humanität sondern für „deutsche Handelsinteressen“ zu führen, wie es der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler 2012 ausdrückte? Matthias Höhn führt selber aus, dass es Staaten prinzipiell um geopolitische und wirtschaftliche Interessen gehen würde - und das Weißbuch der Bundeswehr von 2016 zeichnet den bei Köhler noch skandalisierten Kurs der wirtschaftlich motivierten militärischen Einflussnahme fort. Auch haben Genoss:innen berechtigterweise Zweifel angemeldet, ob die Bundeswehr als Organisation tatsächlich reformierbar ist. Da jedes internationale Engagement natürlich einen immensen Bedeutungszuwachs für das Militär darstellt, stellt sich die Frage, ob die Bundeswehr als gesellschaftliche Akteurin nicht aufgrund ständiger Rechtsextremismus-Skandale und der extrem undurchschaubaren Offiziersbürokratie nicht auch innenpolitische eine letztendlich unabsehbare Gefahr für die Demokratie bilden könnte. Allein in den letzten Jahren gab es einige Terrorpläne von Soldat:innen oder Offizier:innen und in der Elite-Einheit KSK zieht sich das Problem mit faschistischem Gedankengut bis in die oberste Führungsebene. Bis jetzt haben weder Ministerium noch der Geheimdienst MAD auch nur versucht, dafür eine Lösung anzubieten, während das Bundeswehr-Kommando mit seinen revisionistischen Rommel-Kasernen jeden Tag mehr Anerkennung, Finanzmittel und Ehrungen fordert.

Wenn der deutsche Bundestag Soldat:innen in einen Einsatz schicken sollte, erwarten diese nicht zu Unrecht Unterstützung für die tödlichen Gefahren, die sie auf sich nehmen. In der Vergangenheit bedeutete das

aber auch, dass man Nazis in der Truppe halt hin-nimmt, weil sie eben ihr Leben „für Deutschland“ riskieren - und dabei ist noch gar nichts vom toxischen Korpsgeist in der Truppe gesagt. Konservative greifen das gerne auf. Sie machen zwar nichts für Veteran:innen, die mit ihren Post-Traumatischen Belastungsstörungen im Stich gelassen werden, aber haben 2008 das „Ehrenkreuz für Tapferkeit“ eingeführt und fordern die Benennung von Plätzen und Straßen nach Gefallenen, die es mit jedem bewaffneten Einsatz geben wird und für deren Andenken es bis jetzt keine Lösung gibt, die nicht an menschenverachtenden Traditionen wie das „Eiserne Kreuz“ anknüpft. Darüber hinaus gilt leider: Fast alle Staaten versuchen immer wieder die Verbrechen ihrer eigenen Truppen zu verschleiern oder Gerichte stellen fest, dass das im „kriegsähnlichen Zustand“ eben nicht vermeidbar gewesen wäre. Der Status unserer Außenpolitik hat immer auch Auswirkungen auf die Zustände im Inneren.

Geschichte und Gegenwart zeigen uns: Manchmal braucht es Waffen, um Menschen vor den Verbrechen anderer Menschen zu retten - deshalb werden diese von Freiheitskämpfer:innen überall auf der Welt in die Hand genommen, z.B. von der SDF in Nord-Syrien oder von denen, die in Afghanistan gegen die menschenfeindlichen Taliban kämpfen. Das ist aus linker Sicht zu unterstützen. Aber hätte eine andere linke Verteidigungspolitik verhindert, dass der damalige Oberst Georg Klein 2009 den Luftangriff in Kundus befahl, der etliche Zivilist:innen tötete? Die Bundesanwaltschaft hat die Ermittlungen eingestellt, Deutschland hat den hunderten Hinterbliebenen ekelhaft geringe Entschädigungen gezahlt (5.000 Euro für ein Leben, ohne Schuldeingeständnis) und der Befehlshaber Klein ist jetzt nicht mehr Oberst, sondern sogar Brigadegeneral. Der damalige CSU-Verteidigungsministers hat zwar besonders dreist versucht den Vorfall zu vertuschen, aber wahrscheinlich hätten man sich im Verteidigungsministerium ohnehin „vor die Truppe gestellt“. Das erklärt im Übrigen die Bedeutung von WikiLeaks: Wer sich in einem Kampfeinsatz befindet, nimmt sich erfahrungsgemäß wenig Zeit für Presse und Parlament - selbst dokumentierte Verbrechen haben selten Konsequenzen für Soldat:innen.

Dabei möchte ich aber keinesfalls verschweigen, dass es natürlich einen Unterschied zwischen den von Matthias Höhn diskutierten hypothetischen UN-Missionen und den bestehenden Kriegseinsätzen gibt. Es



wäre deshalb unfair, ihn deshalb zum Verteidiger der bestehenden Verteidigungspolitik zu machen. Er fordert vielmehr Lösungen für derartige Probleme ein. Aber wenn wir das Papier diskutieren, dann muss uns auch klar sein, dass die Grenzen zwischen einer friedenserhaltenden und einer friedenserzwingenden Mission, einem militärisch unterstützten Friedens- und einem Kriegseinsatz extrem schwammig sind. Die Befürworter:innen von militärischen Lösungen werden jeden Einsatz als friedenserhaltend definieren, was sich auch in der Diskussion um „kriegsähnliche Zustände“ (statt „Krieg“) unter dem damaligen Verteidigungsminister Guttenberg gezeigt hat.

Letztendlich muss die Debatte weitergehen. Matthias Höhn hat einige Anregungen geliefert und viele Kritiker:innen haben berechtigte Fragen aufgeworfen. Es ist richtig, dass wir als LINKE neue Antworten auf die Probleme der internationalen Politik finden müssen. Wir dürfen weder ignorant-nationalistische Isolationist:innen noch humanitär inszenierte Imperialist:innen sein, sondern müssen konkret für die Menschen eintreten, die unter den Zerfallserscheinungen des globalen Kapitalismus leiden. Aber der geforderte realistische Blick verlangt auch den Blick auf die Grenzen unserer Möglichkeiten: Wir leben offensichtlich in einem Land, in dem alle (!) anderen demokratischen Parteien die Frage nach möglichen Auslandseinsätzen zur Meßlatte für LINKE „Regierungsfähigkeit“ machen wollen. CDU/CSU, SPD und GRÜNE sehen offensichtlich kein Problem mit der Regierungsfähigkeit, wenn die Bundesregierung tausende Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken lässt und sich dabei zynischerweise von Rettungsmissionen zurückzieht. Sie sehen kein Problem mit ihrer eigenen Regierungsfähigkeit, wenn sich jeden Tag ein rechts-extremer Soldat zum Terror entscheiden könnte und kein Problem damit, wenn immer größere Milliardenbeträge im Sumpf aus Rüstungsindustrie und Wehribürokratie verschwinden. Sie denken den Staat von seinen geopolitischen Interessen her, wir müssen den Staat stattdessen „von unten“ denken.

Ohne Frage: Wir brauchen eine Rot-Rot-Grüne Koalition in Sachsen-Anhalt und am Besten auch im Bund. Aber egal worauf wir uns als Partei am Ende einigen, jede vernünftige Position wird es gegenüber denjenigen mehr als schwer haben, die jedes Abweichen vom verteidigungspolitischen Status Quo stärker bekämpfen wollen als die realen Missstände ihrer Politik.

Lukas Wanke

### **Zu „Kommentar zur Landesliste und den Jugendkandidierenden“ und „Die Jugend auch zum Zuge kommen lassen“**

**(Linkes Blatt Februar)**

Ich möchte mich an dieser Stelle auch zum Ergebnis der Listenaufstellung zur Landtagswahl äußern.

Zuerst wende ich mich gegen den Eindruck, dass junge Genoss\*innen in unserer Partei nicht genug Beachtung fänden.

Der Vorschlag der Landesliste für die ersten 20 Listenplätze ist in den Kreisverbänden diskutiert worden und die Vertreter\*innen haben mit ihrer Wahl letztendlich diesen Vorschlag bestätigt. Die Kandidat\*innen des Jugendverbandes konnten sich mit ihrem Angebot auf diesen Listenplätzen nicht durchsetzen. Und das bedeutet nun, dass die Vertreter\*innen und sogar der Landesverband etwas gegen die Jugend hätten? Ich meine - nein und nenne das innerparteiliche Demokratie. Das zeigen auch die Wahlergebnisse auf den folgenden Plätzen; hier sind viele junge Genoss\*innen zu finden.

Bleibt die Frage: Wie weiter?

Da finde ich die Feststellung von Jan Röttschke, die Partei muss sich intensiv Gedanken machen, wie sie mit dem Jugendverband verfahren will, schon irritierend.

Die SED hat die FDJ als ihre Kaderschmiede bezeichnet, was ich heute als eine Vereinnahmung und Bevormundung bezeichnen würde. Und daher kann ich mir nicht vorstellen, dass unser Jugendverband heute wissen möchte, wie die Partei mit ihm verfahren will. Dagegen glaube ich, dass es dringend notwendig ist, dass beide Seiten aufeinander zugehen, dass wir endlich miteinander ins Gespräch kommen und nicht weiter nur nebeneinander agieren.

Erfahrungen sammeln als Nachwuchs unserer Partei ist nicht nur im Jugendverband möglich. In unserem Stadtverband sind viele junge Genoss\*innen organisiert, die nicht Mitglieder im Jugendverband sind. Viele bringen sich in das Parteileben des Stadtverbandes ein. Und schon daher finde ich den Vorwurf, dass junge Leute ausgegrenzt werden, nicht richtig.

Jetzt beginnen wieder arbeitsreiche Wahlkampfzeiten. Da finden sich bestimmt Anknüpfungspunkte, wo der Jugendverband und der Stadtverband gemeinsam wirken können.

Ich jedenfalls wünsche uns Erfolg, im weiteren Zusammenwirken und im Wahlkampf.

Lydia Roloff

## Kein Alternativer Neujahrsempfang 2021 - was wir stattdessen gemacht haben

Unser Neujahrsempfang unter freiem Himmel vor dem Jobcenter ist für viele von uns ein fester Termin im Kalender gewesen. Um so schwerer ist uns die Entscheidung der Absage gefallen, aber es war richtig. Die notwendigen Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben dazu geführt, dass wir nicht wie gewohnt unseren Alternativen Neujahrsempfang mit euch begehen konnten. So ganz ausfallen lassen, wollten wir diesen Termin aber doch nicht und haben im Stadtvorstand überlegt, was wir stattdessen tun können. Ein Onlineformat wäre unserem Anliegen nicht gerecht geworden, denn wir wollen ja damit zeigen, dass wir ansprechbar sind, dass wir uns für die einsetzen, die keine Lobby haben. Menschen, die keine Möglichkeit haben an solchen Dingen, wie Internet-Veranstaltungen teilzunehmen. Daraus ist die Idee entstanden in verschiedenen Stadtteilen Gutes zu tun. Wir haben soziale Einrichtungen nach ihren Wünschen gefragt bzw. was sie gebrauchen können, aber eine Finanzierung momentan nicht möglich ist. Herausgekommen sind dabei schöne Sachen, die wir hier gern mit euch teilen möchten.

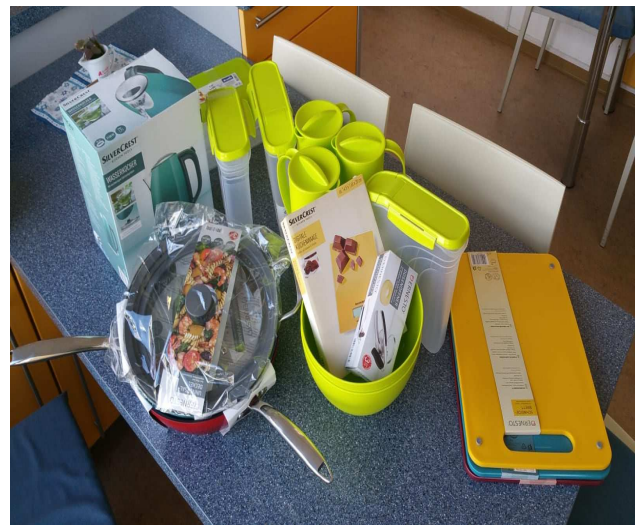
### Kinderschutzbund Blauer Elefant

Dieses Projekt im Süden von Halle liegt uns sehr am Herzen. Im Kinderhaus BLAUER ELEFANT werden Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung gefördert. Ein immer wichtigeres Thema ist die gesunde Ernährung.



Am besten lernt man durchs Mitmachen, deshalb haben sie sich Brettchen, Schüsseln, Besteck, eine

Küchenwaage und diverse Aufbewahrungsbehälter für ihre Küche von uns gewünscht. Wir fanden das eine prima Idee und haben die gewünschten Dinge nach Terminabsprache vorbeigebracht. Die Freude war sehr groß! Nun wünschen wir viele gute Ideen und essbare Resultate beim Zubereiten von gesundem Essen.



### Gemeinschaftsgartenprojekt „Bunte Beete“

Die „Bunten Beete“ gibt es seit 2016 im Stadtteil Heide Nord. In diesem Gemeinschaftsgarten wird gemeinsam angebaut, gepflegt und geerntet. Vor allem ist der Gemeinschaftsgarten ein Ort zum sich begegnen und sich auszutauschen. Seit Anfang des Jahres ist nun ein Lern- und Bewegungsgarten dazugekommen. In diesem kann man sich bewegen, das macht mit Spielgeräten aber noch mehr Spaß. Dafür haben wir Bälle und Federballspiele gekauft und diese den vor Ort Verantwortlichen übergeben. So kann man dann, wenn es nicht mehr ganz so windig ist Federball spielen, Fußball und Volleyball ist nicht so vom Wind abhängig. Wir wünschen auf jeden Fall viel Spaß mit den neuen Errungenschaften und vor allem gutes Wetter.

### Bürgertreff Freimfelde

Der Bürgertreff ist im Freimfelder Viertel (ein SCHIRMProjekt) und versteht sich als ergänzendes Angebot zu Familie, Schule und dem sozialen Umfeld von Kindern, Jugendlichen und Eltern. Die Angebote des Bürgertreffs sind in erster Linie alltagspraktische

Lebenshilfen, das Bereitstellen einer warmen Mittagsmahlzeit und Unterstützung bei Hausaufgaben im offenen Freizeittreff. Auch hier sind das gemeinsa-



me Kochen und das Anbieten eines ausgewogenen Essens wichtige Bausteine für dieses Projekt.

Der Wunsch des Bürgertreffs war eine Küchenmaschine. Auch diesen Wunsch haben wir erfüllt und haben große Freude beim Übereichen ausgelöst. Ein tolles Projekt mit engagierten Menschen, was wir uns gern, wenn es wieder möglich ist, genauer ansehen. (2 Bilder Dinge+Übergabe)

### Bauspielplatz Wajut

In unserer Stadt soll ein Bauspielplatz unter Leitung des Waldorfer Jugendtreffs entstehen. Wie auf richtigen Baustellen steht auch hier die Sicherheit der kleinen Bauarbeiter\*innen an oberster Stelle. Dringend gebraucht werden also Bauhelme in verschiedenen Größen mit der Wunschfarbe blau. Am Erfüllen dieses Wunsches arbeiten wir noch, sind aber guter Dinge, dass wir das auch zeitnah umsetzen können. Wir sind gespannt, auf die kleinen und großen Bauwerke, die dann unter Kinderhänden entstehen.

---

## Bericht der Enquete-Kommission - Gesundheitsversorgung wird dem Landtag übergeben

Auf Antrag der Partei DIE LINKE wurde am 28.9.2018 die Enquete-Kommission „Die Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt konsequent und nachhaltig absichern!“ (so der vollständige Titel) eingesetzt und nahm am 22.1.19 ihre Arbeit auf.

Ursprüngliche Schwerpunkte waren die Entwicklung und Sicherung der medizinischen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum, die Weiterentwicklung der Ausbildung und Stärkung der Gesundheitsberufe und die barrierefreie Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Auf Grund der aktuellen Entwicklungen kam dann noch die Auswertung der Abläufe und getroffenen Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie dazu.

Am 14. April dieses Jahres fand die abschließende Beratung statt, in der zu vier Schwerpunkten gemeinsame Empfehlungen beschlossen wurden:

1. Bei der Entwicklung und Sicherung der medizinischen Versorgung sind insbesondere sektorenübergreifende Strukturen und Arbeitsweisen, digitale und telemedizinische Lösungen sowie die Notfall-

versorgung in den Blick zu nehmen.

2. Zur Stärkung der Gesundheitsberufe gehört insbesondere die Umsetzung der generalisierten Pflegeausbildung.

3. am barrierefreien Zugang und Versorgung von Menschen mit Behinderungen ist weiter zu arbeiten und 4. es sind Handlungsempfehlungen zum künftigen Umgang mit Pandemien in Sachsen-Anhalt zu erarbeiten.

Wie der Vorsitzende der Kommission, Swen Knöchel, betonte, gab es neben der Übereinstimmung zu diesen Punkten auch Differenzen, die DIE LINKE und die AfD jeweils in einem Sondervotum formuliert haben. Seitens der LINKEN betrifft dies vor allem die Notwendigkeit einer stringenten Krankenhausplanung und -finanzierung. Angeregt wurde die Schaffung eines Klinikverbundes unter Beteiligung des Landes. Dieser ermögliche auch die organisatorischen Ressourcen zur Rückführung privater Krankenträger in die öffentliche Hand. Die notwendige und medizinisch sinnvolle Spezialisierung und Schwerpunktsetzung in der Krankenhauslandschaft und eine



wohnnortnahe Grundversorgung schließen sich nicht aus, sondern sind gleichberechtigte Ziele einer aktiven Krankenhausplanung durch das Land.

Diese darf nicht von wirtschaftlichen Interessen dominiert sein, sondern von ermittelten Bedarfen zur Maximal-, Schwerpunkt- und Grundversorgung. Dazu sei auch zu erörtern, auf welche Weise die Bestrebungen von Kommunen, die Praxisnachfolge im ländlichen Raum zu regeln, durch das Land unterstützt werden können. Es müssen realistische, machbare Arbeitsbedingungen für junge ÄrztInnen, wie Teilzeitangebote, Stellensplitting, wirklicher Bürokratieabbau etc. entwickelt und eine Lösung für die derzeit unbefriedigende Situation bei der Substitution bzw. Delegation ärztlicher Leistungen an andere medizinische Berufsgruppen gesucht werden. Auch die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in diesen Berufen ist zur Gewinnung von Fachkräften zu beschleunigen.

In den Anhörungen wurde weiterhin deutlich, dass es bisher sowohl an einer Ausdifferenzierung des Begriffs „Barrierefreiheit“ fehlt als auch an einem entsprechenden Konzept (beginnend mit der Planung von Neubauten bis hin zur Bauüberwachung und Abnahme). Des Weiteren sollte der entsprechende Umbau von Bestandspraxen staatlich subventioniert werden, da ein Umbau häufig kostenintensiver sei als ein Neubau.

In Sachsen-Anhalt gibt es derzeit zwei medizinische Zentren für Erwachsene mit Behinderungen, allerdings muss zukünftig der Zugang für Betroffene niedrigschwelliger werden und diese Zentren müssen multiprofessionell aufgestellt werden. Auch dürfen sie nicht durch Fallzahlbegrenzungen an ihrem Versorgungsauftrag gehindert werden.

Die wesentlichen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung, wie die elektronische Gesundheitskarte und Patientenakte, werden durch Rahmenvorgaben des Bundes bestimmt. Die Umsetzung muss auf Landesebene jedoch eng begleitet und standardisiert werden. Momentan behindern sowohl Mängel im Breitbandausbau die Einführung einer flächendeckenden digitalen medizinischen und pflegerischen Versorgung, als auch unklare Strukturen für die Zuständigkeiten. Wesentliche Impulse können hier in Zukunft vom „Landeszentrum für Evidenzbasierte Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung“ ausgehen.

Als erste Schlussfolgerungen aus der Corona-Pande-

mie wird empfohlen, das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst zu novellieren und diesen materiell und personell besser auszustatten. Gleiches gilt für das Landesamt für Verbraucherschutz. Weiterhin sind die Zuständigkeiten zwischen Gesundheitsämtern und Ordnungsämtern zu regeln und ständige Schulungsmöglichkeiten für Mitglieder der Katastrophenschutzstäbe und Hygienebeauftragten zu entwickeln. Auch verbindliche Konzepte für die Versorgung mit heilmittelerbringenden Leistungen und für eine soziale Interaktion in Senioren- und Pflegeheimen sowie Einrichtungen der Behinderten- und Eingliederungshilfe sind zu erarbeiten.

Um auch Menschen ohne Krankenversicherung gerade in Pandemiezeiten nicht auszuzugrenzen, ist die Schaffung einer Bürgerversicherung für Alle notwendig (Aufgabe des Bundes). Gleiches gilt für eine Pflegevollversicherung - nur durch diese kann die Abwälzung der Kosten auf Pflegebedürftige und ihre Angehörigen durch längst überfällige Lohnerhöhungen bzw. Tarifbindungen für alle Pflegeberufe verhindert und die Attraktivität des Berufsbildes und damit die Gewinnung bzw. der Verbleib im Beruf gesichert werden.

Der vollständige Bericht kann als Drucksache über den Landtagsserver eingesehen werden.

Dr. Viola Schubert-Lehnhardt, Sachverständige für die Partei DIE LINKE



**Enquete-Kommission**



## Helpende Hände gesucht

Am Wochenende den 24./25.04. dürfen und wollen wir unsere Wahlplakate für die Landtagswahl in der Stadt aufhängen. Wer sich daran beteiligen möchte, meldet sich bitte unter: [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de) oder 0345/2025590. Gern könnt ihr auch direkten Kontakt zu Jan Röttschke oder Dirk Gernhardt aufnehmen.

